

der elzas-lotringischen Regierung dahin wirken, daß in Ausübung der im § 7 vorbereiteten landesgesetzlichen Ausnahmefreiheit dem elzas-lotringischen Landesausschub sofort ein Gesetzentwurf unterbreitet werde, durch den in Elzas-Lotringen für Vereine und Versammlungen aller Art der Mitgebrauch der französischen Sprache im französischen Sprachgebiet gesichert wird. — Der Vorschlag des Präsidenten weckt einen Entzündungskurz des Gegenblocks. — Abg. Sinzler (Soz.) beantragt gesonderte, also doppelte Diskussion. — Die Blockmehrheit stimmt dem Vorschlag des Präsidenten zu. — Vor Eintritt in die eigentliche Diskussion erklärt der badische Bevollmächtigte Geh. Rat Dr. Rieger: Nachdem gestern von einem Abgeordneten beweist worden ist, daß der bairische Bevollmächtigte berechtigt gewesen sei, seine gestrigie Erklärung allgemein im Namen der süddeutschen Regierungen abzugeben, stelle er fest, Graf Verchensfeld sei zu einer Erklärung ausdrücklich von der bairischen Regierung autorisiert worden. — Abg. Fürst Radziwiłł (Pole) bezeichnet die konservativ-liberale Partei als eine Mischnatur und § 7 als eklatanten Fauxpas für die christlichen Anschaunen. Sie wollen eine Nation unterdrücken, die zu den Kulturnationen Europas gehört? Sie werden sich Redner nicht vorsetzen zur Rechten hinüber dadurch einlaufen lassen! (Große Unruhe rechts.) Präsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht einer Partei hier nachhaugen, daß sie sich lächerlich mache! — Abg. Hans Edler zu Putlitz (cons.): Wir werden dem § 7 zustimmen, obwohl es uns schwer fällt. Wir haben strohe Koncessionen gemacht, aber wir haben unter allen Umständen die Staatsautorität wahren und von nationalen Gewichtspunkten aussehen müssen. Wir sind überzeugt, daß der preußische Staat sich den Polen gegenüber im Stande der Rotwehr befindet. (Heftiger Widerdruck in der Mitte.) Ja, meine Herren, mit Ihnen werden wir uns darüber nicht einigen können. Uns gehen die Bestimmungen des § 7 noch nicht weit genug. Aber wir überlassen deshalb auch die Verantwortung hierfür der Staatsregierung, die ja mit diesem § 7 auskommen zu können glaubt. Wir befürchten, daß in den Kreisen mit 60 Prozent polnischer Bevölkerung die Versammlungsfreiheit unserer deutschen Stammesbrüder gefährdet wird. Wir haben bei diesen ganzen Gesetzen außerordentliche Gutfauna gesetzt. Wir erlauben, daß eine Einigung zwischen uns und den Liberalen erforderlich ist; aber über das Maß des wechselseitigen Nachgabens gehen die Ansichten auseinander. Wir glauben, die Linke hat den Votenanteil abgeschlossen. (Heiterkeit.) Solange das Reich besteht, haben die Einzelstaaten Opfer bringen und dabei doch ihre Eigenart wahren müssen. Diese Aussage haben sie bis jetzt glücklich achtet. Und jetzt? In welcher Weise sind nicht jetzt die Regierungen und wir angegriffen worden? An den Angriffen auf Preußen haben sich leider nicht nur die antinationalen Parteien, sondern auch solche Parteien, mit denen wir jetzt zusammengehen, beteiligt. Darin liegt eine Gefahr. Mögen diejenigen, so ich freie Redner, nicht Recht behalten, die befürchten, daß wir unser Deutschland nicht genügend schützen. (Beifall und Röschchen.) — Abg. Spahn (Centr.): Der Sprachenkampf sei ein Ulding. Das Recht auf den Gebrauch der Muttersprache, auch in Versammlungen, sei ein Naturrecht. Erkenne man überhaupt ein Recht auf die Muttersprache an, so sei doch gerade das wichtigste daran, daß man sich darin in öffentlicher Versammlung miteinander verständigen könne. Fürst Bismarck habe einmal gesagt: Gerade durch die Massenmischnung zwischen Slawen und Deutschen haben wir an staatenbildender Kraft gewonnen. Diese Mischung hören Sie mit Ihrem Vorachen. Sie sagen ja zwar, die Polen wollten sich wieder losreissen vom preußischen Staat; aber an eine solche Torheit glaube ich nicht. Auch das Anliegen des Reichstages steht auf dem Spiele. Man beruft sich darauf, daß die deutsche Versammlungsfreiheit eine Notwendigkeit sei wegen des Überwuchens-Swedes. Aber der Beamte ist doch der Versammlung wegen da und nicht umgekehrt. Das Kompromiß ist von den liberalen Parteien unter Verleugnung ihrer Grundsätze abgeschlossen. Wir haben Kompromisse über Prinzipien niemals abgeschlossen. (Beifall in der Mitte.) Sie sagen nun freilich: Wenn der § 7 hier scheitert, dann würde ihn Preußen auf dem Wege der Landesgesetzgebung einführen. Da erlauben Sie mir einen Vergleich: Wenn ein Tisch sich damit entchuldigen wollte: hätte er nicht den Gegenstand gestohlen, so hätte ein anderer es getan! (Unruhe links.) Was würden Sie dazu sagen? (Unruhe; Beifall in der Mitte.) Wir werden im Interesse des Reiches, im Interesse des Friedens der Bevölkerung genau § 7 stimmen. — Abg. Siebert (nl.) weiß die Angriffe der Vorredner auf den Block zurück. Sind in der polnischen Fraktion die Befürworter geringer als im Block? Sagen denn nicht diese Fraktion Herrn Leo fürst Radziwiłł: Sie und

derzureihen. (Weiß. Weißfall beim Block, Värm beim Antiblock.) Die ideale Seite der Versammlungssprachenfrage habe sich in Süddeutschland in den letzten Wochen doch etwas au sehr in den Vordergrund gedrängt, während die reale Wirklichkeit zu sehr in den Hintergrund getreten sei. Er denke nicht daran, die preußische Polenpolitik zu vertreten. (Wachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Er habe aber auch keinen Ansatz, so besonders für die Polen einzutreten. In Süddeutschland sehe man die Lage der Dinge nicht so. Die grosspolnische Bewegung stehe doch in eklatantem Widerspruch zu der freien nationalen Bewegung, die wir zu vertreten haben. (Weißbauer Weißfall bei den Blockparteien.) Wir denken daher auch nicht daran, der preußischen Regierung bei deren Polenpolitik in die Arme zu fallen. Bis jetzt ist überdies jeder Einzelstaat in der Lage, die Sprachenfrage zu ändern wie er will, und wenn hier nichts ausstände kommt, bleibt es dabei. Falls das Gesetz scheitert, glauben Sie, dass dann die preußische Regierung in ihr Landesgesetz auch die Widerungen hineinschreiben werde, die wir in dieses Gesetz hier hineingeschrieben haben? Ich glaube es nicht. Die, die es angeht, um die es sich hier handelt, würden bei einem preußischen Gesetz sicher noch schlechter weglassen als in dem vorliegenden Reichsgesetz. Wir alauben jedenfalls, dem deutschen Volke einen Dienst zu leisten, wenn wir den Zuständen der Rechtslosigkeit und der Unfreiheit, wie sie leider auf dem Gebiete des Vereinsrechts in weiten Teilen des Deutschen Reiches bestehen, durch unsere Zustimmung zu diesem Entwurf ein Ende machen. (Stürmischer, anhaltender Weißfall, unterbrochen mit ebenso kräftigem andauernden Lachen). — Abg. Kölbe (Reichsp.) tritt gleichfalls für § 7 in der Kompromissfassung ein. Opfer seien im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes von rechts und links gebracht worden. — Abg. Gräfe (wirtschaftl. Vereinig.) fragt, was wohl das Ausland dazu sagen werde, das hier gegen den Vorschlag der deutschen Versammlungssprache solcher Widerspruch erhoben werde. Er erkläre offen, in Selbstbehaltungsfragen müsse Macht vor Recht gehen. Wir wären politische Kinder, wenn wir uns gegen diese Erkenntnis sträubten. (Weißfall und Widerspruch). — Abg. Grégoire (Würtb. Vorh.) erklärt, die Annahme seiner Resolution werde in Elsaß-Lothringen große Verhüllung schaffen. Dem vorliegenden Gesetz würden seine Freunde keine Schwierigkeiten bereiten. (Värm in der Mitte und bei den Sozialdemokraten). Aber ihre Bedenken in der Sprachenfrage könnten sie einschweilen nicht fallen lassen. — Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: An der Sprachenfrage könnten wir nicht vorbeigehen, wenn wir den Charakter des Nationalstaates wahren wollten. Der Deutsche geht voran und der Fremde hat sich eben anzupassen. Betonen muss ich heute namentlich die Ausnahmewilligung, weil gerade diese Seite der Sache von den Gegnern des § 7 ganz außer Acht gelassen worden ist. Ich habe nun ausdrücklich zu erklären, dass von den Regierungen beachtigt wird, sei es im Wege der Landesgesetzagebung, sei es im Wege der Verordnung, dafür zu sorgen, dass in Deutschland eine Störung eingebürgertter Sitten und Gebräuche der loyalen Bevölkerung vermieden werde. Die Arbeiter werden ferner in Verfolgung gefährlicher Verschwörungen auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht beeinträchtigt werden. (Weißfall). Weiter habe ich mit Rücksicht auf die Grégoireschen Ausführungen zu erklären, die Elsaß-Lothringische Landesverwaltung beabsichtigt den Erlass eines Landesgesetzes, um den bisherigen Rechtsaustand in bezug auf den Gebrauch der französischen Sprache in Versammlungen aufrecht zu erhalten, und die Reichsregierung beabsichtigt, diesem Vorgehen der Landesverwaltung Elsaß-Lothringens nichts in den Weg zu stellen. (Weißfall). Ich darf demnach wohl hoffen, dass mit diesem Paragraphen das ganze Gesetz zur Verabschiedung gelangt. — Königl. Sächs. Ges. und Bevollm. Graf Vibthum v. Eckstädt: Mit Rücksicht auf die mir von verschiedenen sächsischen Abgeordneten ausgesprochenen Wünsche möchte ich im Anschluss an die Erklärung, die der Herr Staatssekretär hier eben abgegeben hat, kurz bemerken, dass auch die Königl. Sächs. Regierung beabsichtigt hat, zu Gunsten der im Königreich Sachsen wohnhaften Wendens von der Besitznis Gebrauch zu machen, welche ihr im § 7 zusteht und Ausnahmen von der allgemeinen Regel des Absatzes 1 zu gestatten. (Weißfall rechts und links). — Abg. Baudetricher (Zentr. Els.) erklärt im Gegensatz zu Grégoire, dass für ihn das Gesetz mit § 7 steht und falle. — Abg. Müller-Meinungen tritt unter dem Värm des Antiblocks den gegen den Block und gegen ihn persönlich gerichteten Angriffen entgegen. — Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt noch, um ein Wissenstausch berichtigten zu wollen, dass er aus den Worten des Vorredners herausgeholt habe, seine Erklärungen vorhin beziehen sich nicht nur auf christlich-soziale Arbeiter,

藏書印記

Berlin. (Priv.-Tel.) Bei der Hagnerschen Akkumulatorfabrik in Oberköpenick haben heute früh sämtliche 400 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Ursache waren Volumenreduzierungen in der Löterei dieses Werkes, wovon 66 Arbeiter betroffen wurden.

8 o.m. Telegramme aus Genua, Neapel, Mailand und anderen Städten melden, daß sich die Arbeitskammern an allen diesen Orten in Vereinstimmung mit den Beschlüssen der allgemeinen Arbeiterversammlung gegen den Generalauftand aufgelöst haben.

Rom. Die Stadt hat auch heute ihr gewöhnliches Aussehen, nur die Straßenbahnen verkehren nicht. In den Straßen, welche der Zug der Arbeiter, der nach dem Kirchhofe von Verano begab, passierte, waren die Löden geschlossen. Der Jesus-Platz war militärisch besetzt, weil dort Kubestürzungen befürchtet wurden. Auch die Kreuzungspunkte der Straßen, die der Zug passierte, und die Nebenstraßen waren militärisch besetzt. Wenn 10 Uhr verließ der Zug, den ungefähr 8000 Arbeiter bildeten, den Botanischen Garten, der als Versammlungsort dient batte. Der Zug erreichte den Kirchhof ohne Zwischenfall. Der Eintritt in den Kirchhof wurde nur den Trägern von Kränzen gestattet, alle übrigen Teilnehmer mussten vor den Toren Halt machen. Nachdem vor dem Kirchhofe einige Reden gehalten worden waren, löste sich der Zug in voller Stube auf, und die Teilnehmer begaben sich in die Stadt zurück. Die Arbeitskammer war für heute nachmittags aufzumitberufen worden, um über die Einstellung des Ausstandes zu beraten.

### Die Lage in Marokko

**Paris.** In dem heute im Elysée abgehaltenen Ministeriate teilte Pichon Telegramme des Generals d'Uma de mit, wonach die Beruhigung in Casablanca starke Fortschritte mache und die Unterwerfung der Schauja in Aussicht stehe.

**Paris.** Wie aus Rabat von gestern gemeldet wird, ist eine von Bagdadi und Muley Zef, dem Bruder des Sultans, besetzte Mahalla nach Fez aufgebrochen. Sie ist 5000 Mann stark und verfügt über 20 Kanonen. Mehrere Raids der Stämme, durch deren Gebiet die Mahalla zieht, schlossen sich ihr an.

Messina. Die Kaiserjacht „Hohenzollern“, sowie die Begleitschiffe „Hamburg“ und „Steinernen“ und der italienische Kreuzer „Varese“ sind um  $1\frac{1}{4}$  Uhr mittags hier eingetroffen.

Messina. Die sechsundvierzig Tage der von Genua aus nach Messina dicht unter der Küste Siziliens gestaltete sich bei wundervollem Wetter zu einem außerordentlichen Genuss. Nacheinander zogen die grünen Tiefebenen von Catania, der mit Schnee bedeckte Ätna, in ganz ungewöhnlicher Klarheit Taormina und die anderen Bergstädte auf den pittoresken Uferbergen vorüber. An Bord wurde viel photographiert, Prof. Stöwer konnte viel skizzieren.

Berlin. (pro-Dtsch.) Einiges wird verlangt, was eine Begegnung des Kaisers mit dem Fürsten von Montenegro nicht stattgefunden hat. Es war auch von einer Absicht des Fürsten von Montenegro, dem Kaiser einen Besuch zu machen, in Venedig nichts bekannt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Finanzminister hat dem Vorsitzenden des Seniorenkonvents des Abgeordnetenhauses Abgeordneten Hobrecht die Mitteilung zugehen lassen, daß für die Staatsregierung alle über Kommissionsbeschlüsse hinausgehenden Anträge zum Nachtragsetat bez. Leuerungs-  
zulagen für Beamte und Lehrer unbedingt unannehmbar  
sein würden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Eine Vorführung waffen- und munition-technischer Neuheiten fand gestern nachmittag vor zehn hiesigen fremdländischen Militär-Attaches in der deutschen Versuchsanstalt für Handfeuer-

waffen zu Halensee statt. Auf Einladung des französischen Militär-Attachés Marquis de Laguiche erschienen die militärischen Vertreter von Österreich-Ungarn, Italien, England, Russland, Nordamerika, Japan, Spanien, Türkei und Schweden und wurden vom technischen Leiter der Anstalt, Major Berger, dem bekannten Ballistiker Generalleutnant Nohne und dem Spandauer Ingenieur Puff empfangen. Vorgeführt wurden die neuen Puffgeschosse, das Schwarzlose-Maschinengewehr und Major Müllers Fallscheiben. Herr Puff zeigte seine eigenartigen Geschosse, die infolge einer Wulstführung bei gleichbleibendem Gasdruck eine höhere Anfangsgeschwindigkeit und infolgedessen eine größere Energie aufweisen. Der Erfinder erläuterte dies durch Vorlegung ausgeschnittener Läufe und Geschosse. Dann wurden mit einem russischen Militärgewehre Gasdruck- und Anfangsgeschwindigkeits-Beschüsse vorgenommen und die Wirkung des Geschosses auf Stahlplatten, die sich weit größer wie die unseres S-Geschosses erwies, ermittelt. Allgemeines Interesse erregten auch das Schwarzlose-Maschinengewehr und Major Müllers Fallscheiben, die bei jedem Treffer sogleich umfallen, wodurch die Gefechtsfähigkeit weit naturwahrer erscheinen. Unser Kriegsministerium hat den Ankauf der Patente, die ihm zuerst vorgelegt wurden, aus dem Grunde abgelehnt, weil derartige Erfindungen sich doch nur kurze Zeit geheim halten lassen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der frühere Hochzeitsmeister an der Berliner Königl. Hofoper Prof. Josef Suchet ist heute früh im 61. Lebensjahr an Arterienverkalkung gestorben.

Denkmäles erläutert die „Ostafrikan. Zeit.“ einen warmen Auftruf. Der Grundstein zu dem Denkmal soll, wie verlautet, auf den Höhen von Msimisagara am 27. September gelegt werden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zum Strafvollzug am Grafen Lynar hatte die "Deutsche Reichszeitg." mitgeteilt, daß der Graf im Gefängnis zu Siegburg Vergünstigungen unzulässiger Art genieße. Der Strafanstaltsdirektor in Siegburg Herr von Lepel schreibt darüber: Der gefangene Graf zu Lynar, der Anstaltskleidung trägt, im Betriebe der Anstalt beschäftigt wird und wegen Vergehen verurteilt ist, die nicht mit Zuchthaus oder Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht sind, genießt nach der Dienstordnung zugelassene Ausnahmen, so auch noch Anordnung des Arztes Selbstbefreiung, die aus einem Speisehaus bezogen wird. Wein oder Bier erhält er nicht. Da das Rauchen den Strafgesangenen nach der Dienstordnung überhaupt untersagt ist, hat der Gefangene Lynar hierzu auch keine Erlaubnis erhalten und raucht also auch nicht. Im übrigen steht ihm keine Behandlung genau nach den erlassenen Bestim-

Kiel. (Priv.-Tel.) Der Oberleutnant a. S. Kreidel von der 1. Matrosendivision erhöhte sich heute in seiner Wohnung.

Gießen. (Priv.-Tel.) Vor der hiesigen Strafkammer wurde gestern die Anklage gegen den früheren Reichstags- und derzeitigen Landtagsabgeordneten Otto Hirschel-Friedberg wegen Unterschlagung von Genossenschaftsgeldern verhandelt. Hirschel war beschuldigt, insgesamt etwa 15 000 Mark Gelder für die landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft zu Friedberg i. H. widerrechtlich vereinnahmt und sie verspätet abgeliefert zu haben; tatsächlich hat Hirschel diese Gelder der Genossenschaftskasse zurückgestattet. Hirschel war zum Termin erschienen. Er bestritt die Verfehlungen im Sinne der Anklage. Er habe nicht einmal die Absicht einer vorübergehenden Aneignung fremder Gelder gehabt. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 300 Mark. Das Urteil wird

**Gleiwitz.** Wie aus Venhien gemeldet wird, drängte während der gestrigen Lohnzahlung in der Firma Polack eine Bande in das Fabrikontor, raubte über 1000 Mark und ergriff hierauf die Flucht, nachdem sie einen Schuhmann schwer verletzt hatte. Der verwundete Schuhmann wurde in das Rationihfer Krankenhaus ge-  
schafft.

(Lachen beim Vortragende.) Die weiteren Ausführungen des Redners für den Sprachenparagraphen werden von Bentum, Sozialdemokraten und Polen wiederholt durch wütenden Lärm unterbrochen. Wir wollen, fährt Medner fort, es nicht verantworten, daß das Gesetz scheitert. Wir nehmen einige Bestimmungen des Gesetzes mit in den Kauz, weil die Annahme für die Weiterentwicklung des linken Flügels der Liberalen von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Wir haben nicht die Absicht, unsere Organisation — was beim Fazit — das Gleiche unveränderlich wäre — auszun-